

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXI

Kapitel 1. Grundlagen

§1. Einführung	1
I. Die Regelungsbereiche des Familienrechts	1
II. Daten zur Entwicklung des modernen Familienrechts	2
1. Die Dynamik des Familienrechts	2
2. Überblick zu den wesentlichen gesetzlichen Entwicklungen	3
III. Die Rechtsquellen des Familienrechts	6
IV. Überblick zum familienrechtlichen Verfahren	6
1. Gerichte und Instanzenzug	6
2. Das FamFG	7
3. Ergänzende Geltung der ZPO	8
4. Besonderheiten des familienrechtlichen Verfahrens	9
V. Das Familienrecht in der juristischen Ausbildung und Prüfung	9
1. Das Familienrecht in der Klausur	9
2. Familienrecht als Pflichtfachstoff	10
3. Das Familienrecht im Schwerpunktbereichsstudium	10
§2. Grundrechte und Menschenrechte im Familienrecht	10
I. Die Bedeutung von Art. 6 GG	10
1. Art. 6 Abs. 1 GG als Institutsgarantie	10
2. Art. 6 Abs. 1 GG als Schutz- und Abwehrrecht	12
3. Art. 6 Abs. 1 GG als wertentscheidende Grundsatznorm	13
4. Schutz des Elternrechts, Art. 6 Abs. 2 GG	13
5. Kinderrechte im Grundgesetz	15
6. Gleichstellung der ehelichen und nichtehelichen Kinder, Art. 6 Abs. 5 GG	15

II. Der Gleichbehandlungsgrundsatz im Familienrecht, Art. 3 Abs. 2 GG	16
III. Das Recht auf Privat- und Familienleben, Art. 8 EMRK	17
IV. Das Diskriminierungsverbot des Art. 14 EMRK	18
§ 3. Hinweise zum internationalen Familienrecht	19
I. Überblick	19
II. Wichtige EU-Verordnungen	20
1. Die Brüssel IIb-Verordnung (EuEheVO)	20
2. Die Rom III-Verordnung	20
3. Die EU-Güterrechtsverordnungen	21
4. Die EU-Unterhaltsverordnung	21
§ 4. Wiederholung	22
Kapitel 2. Verlöbnis, Eheschließung und Ehe name	
§ 5. Das Verlöbnis	23
I. Überblick	23
II. Begriff und Rechtsnatur des Verlöbnisses	24
1. Der Theorienstreit	24
2. Das Verlöbnis eines Minderjährigen	25
3. Anwendung weiterer Normen des BGB AT	28
III. Der Anspruch aus § 1298 BGB auf Schadensersatz bei unbegründetem Rücktritt	28
1. Der grundlose oder schuldhaft veranlasste Rücktritt	29
2. Die Anspruchsberechtigten	30
3. Der Schaden	30
IV. Der Anspruch auf Rückgabe der Geschenke, § 1301 BGB	31
§ 6. Eheschließung und Eheaufhebung	32
I. Einführung	32
1. Begriff der Ehe	32
2. Vorbereitendes Verfahren und Trauung	33
II. Die Voraussetzungen einer wirksamen Eheschließung	34
1. Die beiderseitige Erklärung des Ehwillens, § 1312 Abs. 1 S. 1 BGB	35
2. Die Mitwirkung des Standesbeamten, § 1310 Abs. 1 S. 1 BGB	36

3. Die persönlichen Ehevoraussetzungen	36
III. Eheschließungsmängel und Fehlerfolgen	37
IV. Die Aufhebung der Ehe	38
1. Begriff der Aufhebung	38
2. Die Voraussetzungen der Eheaufhebung	39
3. Die einzelnen Eheaufhebungsgründe	40
4. Ausschluss der Aufhebung, § 1315 BGB	41
5. Antragsberechtigung und Antragsfrist, §§ 1316, 1317 BGB	42
6. Die Rechtsfolgen der Eheaufhebung, § 1318 BGB	43
§ 7. Der Ehename	44
I. Die Entwicklung des ehelichen Namensrechts	44
II. Die Grundzüge des geltenden Rechts	45
1. Die Wahl eines gemeinsamen Ehenamens	45
2. Der Geburtsname und der bei Eheschließung geführte Name	46
3. Die Führung eines Begleitnamens durch einen Ehegatten	47
4. Die Wahlmöglichkeiten bei Eheauflösung	47
III. Sonderproblem: Die Untersagung der Fortführung des Ehenamens	48
§ 8. Wiederholung	49

Kapitel 3. Die eheliche Lebensgemeinschaft

§ 9. Die allgemeinen Wirkungen der Ehe	51
I. Überblick zum Eherecht	51
II. Die Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft, § 1353 BGB	52
1. Die Generalklausel des § 1353 Abs. 1 BGB	52
2. Die Wohngemeinschaft als Aspekt der ehelichen Lebensgemeinschaft	52
3. Geschlechtsgemeinschaft und Familienplanung	53
4. Die Pflicht zu Rücksicht und Beistand (eheliche Solidarität)	54
III. Der Herstellungsantrag	57
1. Antrag ohne Vollstreckungsmöglichkeit	57
2. Verweigerung der Herstellung nach § 1353 Abs. 2 BGB	57
IV. Die Verpflichtung zum Familienunterhalt, §§ 1360 f. BGB	58

1. Art und Umfang des Unterhalts	58
2. Der Taschengeldanspruch	59
V. Die eheliche Arbeitsteilung: Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit, § 1356 BGB	59
1. Die Formen der Arbeitsteilung	59
2. Die Änderung der getroffenen Vereinbarung	60
3. Pflicht zur Mitarbeit im Betrieb des anderen Ehegatten? . .	61
VI. Das gesetzliche Notvertretungsrecht in Angelegenheiten der Gesundheitssorge, § 1358 BGB	62
§ 10. Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs	63
I. Normzweck und Rechtsnatur von § 1357 BGB	63
II. Die Prüfung des § 1357 BGB	65
1. Prüfungsaufbau	65
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen	65
III. Fallgruppen	69
1. Ärztliche Behandlung	69
2. Kredit- und Teilzahlungsgeschäfte	71
3. Doppelanschaffungen	72
4. Veräußerungsgeschäfte	72
IV. Die Rechtsfolgen des § 1357 BGB	73
1. Mitberechtigung und Mitverpflichtung	73
2. Ausübung von Gestaltungsrechten	74
3. Vornahme von Rechtsdurchsetzungshandlungen	75
4. Keine dinglichen Wirkungen	76
§ 11. Haftungsfragen der ehelichen Lebensgemeinschaft	77
I. Der Haftungsmaßstab im Innenverhältnis, § 1359 BGB	77
1. Regelungsinhalt und -zweck	77
2. Prüfung im Fallaufbau	78
3. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 1359 BGB	79
II. Schadensersatzansprüche zwischen Ehegatten	80
1. Kein Schadensersatz bei Verletzung personaler Ehepflichten	80
2. Schadensersatzansprüche aus dem vermögensrechtlichen Bereich der Ehe	81
3. Deliktsrechtliche Ansprüche aus § 823 BGB	82
4. Die Anwendung von § 826 BGB im Eherecht	85
5. Insbesondere: Schadensersatz für ein scheineheliches Kind	86

6. Die Durchsetzung von Haftungsansprüchen zwischen Ehegatten	88
III. Tötung oder Verletzung von Ehegatten durch Dritte, §§ 842 ff. BGB	89
1. Überblick	89
2. Ansprüche bei Tötung des Ehegatten, § 844 Abs. 2 BGB	89
3. Eigener Anspruch des haushaltsführenden Ehegatten bei Verletzung durch Dritte, § 842 BGB	90
4. Das Hinterbliebenengeld, § 844 Abs. 3 BGB	90
§ 12. Eigentums- und Besitzverhältnisse der Ehegatten; Eigentumsvermutung	91
I. Eigentums- und Besitzverhältnisse in der ehelichen Lebensgemeinschaft	91
1. Eigentumsverhältnisse im Ehegatteninnenverhältnis	91
2. Übereignungen zwischen Ehegatten	93
3. Die Besitzverhältnisse zwischen den Ehegatten	94
II. Die Eigentumsvermutung des § 1362 BGB	95
1. Normzweck des § 1362 BGB	95
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 1362 BGB	97
3. Rechtsfolgen	98
§ 13. Überblick zum Güterrecht; Eheverträge	99
I. Die Güterstände	99
1. Überblick	99
2. Die Gütergemeinschaft	100
3. Der deutsch-französische Wahlgüterstand	101
4. Wirkungen gegenüber Dritten	101
II. Eheverträge	102
1. Regelungsinhalte	102
2. Form	103
III. Inhaltskontrolle von Eheverträgen	103
1. Die Rechtsprechung bis zum Jahr 2000	103
2. Die Rechtsprechung des BVerfG	104
3. Die geltenden Prinzipien der Inhaltskontrolle	105
4. Beispiele aus der Rechtsprechung	110
§ 14. Die Verfügungsbeschränkungen	112
I. Beschränkung der Verfügungsbefugnis über das Vermögen im Ganzen	112
1. Schutzzweck des § 1365 BGB	112

2. Die unter § 1365 BGB fallenden Verfügungsgeschäfte	113
3. Das Vermögen im Ganzen als Verfügungsgegenstand	115
4. Die subjektiven Erfordernisse im Rahmen der Einzeltheorie	117
5. Die Zustimmung des anderen Ehegatten	118
6. Rechtsfolgen bei verweigerter Genehmigung	119
II. Beschränkung der Verfügungsbefugnis über Haushaltsgegenstände	122
1. Überblick	122
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen	122
3. Der Streit um die analoge Anwendung von § 1369 BGB . .	124
§ 15. Wiederholung	125
I. Kontrollfragen	125
II. Klausurfall 1 (Geschäft ohne die Ehefrau)	127
Kapitel 4. Zugewinnausgleich und sonstiger Vermögensausgleich	
§ 16. Der Zugewinnausgleich unter Lebenden	135
I. Grundlagen	135
1. Begriff und Rechtfertigung des Zugewinnausgleichs	135
2. Allgemeine Voraussetzungen	136
II. Die Berechnung des Zugewinnausgleichsanspruchs	136
1. Ermittlung des Anfangsvermögens	137
2. Hinzurechnung privilegierten Erwerbs zum Anfangsvermögen, § 1374 Abs. 2 BGB	139
3. Die Ermittlung des Endvermögens	143
4. Die Ermittlung des Zugewinns, § 1373 BGB	147
5. Die Ermittlung des Ausgleichsanspruchs	147
6. Ausschluss oder Reduzierung der Ausgleichsforderung in Härtefällen, § 1381 BGB	149
7. Ansprüche gegen Dritte, § 1390 BGB	151
III. Die Anrechnung von Vorempfängen	152
1. Der Grundgedanke des § 1380 BGB	152
2. Die Berechnung des Zugewinnausgleichs in diesem Fall . .	153
3. Umkehrung der Ausgleichsrichtung durch Zuwendung . . .	154
IV. Vorzeitiger Zugewinnausgleich und Hinweise zum Verfahren	155
1. Der vorzeitige Zugewinnausgleich	155

2. Hinweise zum Verfahren	155
§ 17. Der Zugewinnausgleich im Todesfall	156
I. Überblick	156
II. Ehegatte wird gesetzlicher Erbe	157
1. Erbrecht bei Gütertrennung	157
2. Erbrecht bei gesetzlichem Güterstand	157
III. Rechtslage bei gewillkürter Erbfolge	158
1. Einsetzung des Ehegatten als Erbe oder Vermächtnisnehmer	158
2. Der Anspruch auf den Zusatzpflichtteil	158
3. Die Option der Ausschlagung	159
4. Die Enterbung des Ehegatten	160
IV. Fälle des rein güterrechtlichen Ausgleichs	161
§ 18. Vermögensausgleichsansprüche außerhalb des Zugewinnausgleichs	162
I. Vertragliche Ansprüche	162
1. Einführung	162
2. Schenkungen und unbenannte Zuwendungen	162
3. Ansprüche aus beendeter Ehegatteninnengesellschaft	163
4. Ansprüche aus Auftragsrecht	167
II. Ansprüche aus Gesamtschuldnerausgleich	168
III. Vermögensausgleichsansprüche bei Scheidung im Fall der Gütertrennung	170
1. Der Anspruch wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage	170
2. Die Voraussetzungen des Anspruchs aus §§ 313 Abs. 1, Abs. 3 S. 1, 346 Abs. 1, 2 BGB	172
3. Rechtsfolge des Anspruchs aus § 313 Abs. 1, Abs. 3 S. 1 BGB	174
IV. Keine Ausgleichsansprüche neben dem Zugewinnausgleich	174
1. Die §§ 1373 ff. BGB als abschließende Sonderregelung	174
2. Die Ausnahmefälle	175
V. Die Rückforderung von Schwiegerelternzuwendungen	175
1. Anspruch wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage	175
2. Bestimmung des Leistungsempfängers	180
3. Zusammenhang mit dem Zugewinnausgleich	180
4. Zuwendungen an die Schwiegereltern	180
§ 19. Wiederholung	182

Kapitel 5. Scheidung und Scheidungsfolgenrecht

§20. Die Scheidung der Ehe	183
I. Grundlagen	183
1. Überblick	183
2. Das Zerrüttungsprinzip	184
3. Grenzen der Vertragsfreiheit	184
II. Die Voraussetzungen der Scheidung	185
1. Der Scheidungsantrag	185
2. Wirksame bestehende Ehe	186
3. Scheidung aufgrund der Zerrüttungsvermutungen, § 1566 BGB	186
4. Scheidung aufgrund des Zerrüttungstatbestands, § 1565 BGB	187
5. Keine Scheidung im Härtefall, § 1568 BGB	191
III. Hinweise zum Verfahren	193
1. Allgemeines	193
2. Der Scheidungsverbund	193
§21. Das Getrenntleben	194
I. Einführung	194
1. Überblick zu den Rechtswirkungen	194
2. Begriff des Getrenntlebens	195
II. Der Anspruch auf Trennungsunterhalt, § 1361 BGB	197
III. Die Verteilung der Haushaltsgegenstände und die Zuweisung der Ehwohnung	198
1. Die Verteilung der Haushaltsgegenstände bei Getrenntleben	198
2. Die Zuteilung der Ehwohnung bei Getrenntleben	200
3. Das Verhältnis der §§ 1361a, 1361b BGB zu den sachenrechtlichen Vorschriften	202
4. Die Teilungsversteigerung der Ehwohnung	206
IV. Exkurs: Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz	207
1. Schutzanordnungen, § 1 GewSchG	207
2. Wohnungsüberlassung, § 2 GewSchG	208
§22. Wohnungszuweisung und Beanspruchung von Haushaltsgegenständen anlässlich der Scheidung	209
I. Die Überlassung der Ehwohnung	209
1. Überblick	209

2. Die Ansprüche aus § 1568a BGB	209
3. Das Verfahren in Ehemohnungssachen	211
4. Verhältnis zu Vorschriften des Schuld- und Sachenrechts . .	211
II. Die Regelung der Eigentumsverhältnisse an Haushaltsgegenständen	212
1. Der Anspruch aus § 1568b Abs. 1 BGB	212
2. Die Miteigentumsvermutung gem. § 1568b Abs. 2 BGB . . .	213
3. Das Verfahren in Haushaltssachen	213
4. Das Verhältnis zum Zugewinnausgleich	213
§ 23. Der nacheheliche Unterhalt und der Unterhalt der unverheirateten Mutter	214
I. Einführung	214
II. Die Voraussetzungen des nachehelichen Unterhaltsanspruchs .	215
1. Scheidung der Ehe	215
2. Die Unterhaltstatbestände	216
3. Unterhaltsmaß	222
4. Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	226
5. Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	227
6. Herabsetzung und Befristung des Unterhalts nach § 1578b BGB	228
7. Ausschluss oder Herabsetzung des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit, § 1579 BGB	232
8. Sonstige Einwendungen und Einreden gegen den Unterhaltsanspruch	236
III. Hinweise zum Verfahrensrecht; Auskunftsanspruch	237
IV. Der Betreuungsunterhalt der unverheirateten Mutter aus § 1615 I Abs. 2 BGB	238
1. Überblick	238
2. Der Anspruch auf Betreuungsunterhalt für die ersten drei Jahre (sog. Basisunterhalt)	238
3. Verlängerung über drei Jahre hinaus	239
4. Sonstige Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	240
5. Rangverhältnisse bei mehreren Unterhaltsverpflichteten . .	241
§ 24. Der Versorgungsausgleich	242
I. Einführung	242
1. Begriff	242
2. Rechtsentwicklung	243
II. Die Durchführung des Versorgungsausgleichs	243

1. Die auszugleichenden Anrechte	244
2. Ausgleich der Anrechte durch interne oder externe Teilung	244
3. Ausschluss und Beschränkung des Versorgungsausgleichs . .	245
4. Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	246
5. Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	247
6. Anpassung nach Rechtskraft	247
§25. Wiederholung	248
 Kapitel 6. Eingetragene Lebenspartnerschaft und nichteheliche Lebensgemeinschaft	
§26. Die eingetragene Lebenspartnerschaft	251
I. Grundlagen	251
1. Das Lebenspartnerschaftsgesetz	251
2. Terminologie	251
3. Die Parallelen zum Eherecht	251
II. Die Besonderheiten der eingetragenen Lebenspartnerschaft . .	252
1. Die partnerschaftliche Lebensgemeinschaft	252
2. Lebenspartnerschaft und Kinder	252
3. Die Auflösung der Lebenspartnerschaft	253
4. Die Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe . .	253
§27. Begriff und Rechtsgrundlagen der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	254
I. Einführung und Definition	254
1. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft als gesellschaftliches Phänomen	254
2. Definition der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	254
II. Verfassungsrechtliche Stellung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	255
III. Die rechtliche Erfassung der bestehenden nichtehelichen Lebensgemeinschaft	257
1. Allgemeines	257
2. Eigentums- und Besitzverhältnisse	257
3. Haftungsfragen	260
4. Mietrecht	261
5. Erbrecht	264

§28. Der Vermögensausgleich bei Beendigung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	265
I. Einführung	265
1. Die Problemfälle	265
2. Der Grundsatz der Nichtausgleichung	265
3. Übersicht zu den denkbaren Anspruchsgrundlagen	266
II. Die Prüfung vertraglicher Ansprüche	267
1. Ansprüche aus Dienstvertrag, Darlehen ua	267
2. Anspruch infolge Widerrufs einer Schenkung	268
3. Abfindungsansprüche aus Gesellschaftsrecht	270
III. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag und Gesamtschuldnerausgleich	273
1. Geschäftsführung ohne Auftrag	273
2. Ansprüche aus Gesamtschuldnerausgleich, § 426 BGB	274
IV. Ansprüche wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB)	276
1. Übertragung der für Ehegatten geltenden Grundsätze	276
2. Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	276
V. Ansprüche aus Bereicherungsrecht	279
1. Überblick	279
2. Der Anspruch aus § 812 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 BGB	280
§29. Wiederholung	283
I. Kontrollfragen	283
II. Klausurfall 2 (Letzte Investitionen)	284

Kapitel 7. Kindschaftsrecht

§30. Grundlagen des Kindschaftsrechts	291
I. Überblick	291
II. Allgemeines zum Eltern-Kind-Verhältnis	292
1. Überblick	292
2. Beistand und Rücksicht	292
3. Die Dienstleistungspflicht des Kindes	293
III. Der Kindesname	293
1. Der Vorname	293
2. Der Familienname	293
3. Namensänderungen	294

IV. Hinweise zum kindschaftsrechtlichen Verfahren	295
V. Annex: Überblick zu wichtigen Altersstufen im Recht	297
§ 31. Abstammungsrecht	298
I. Verwandtschaft und Schwägerschaft	298
1. Verwandtschaftsbegriff	298
2. Schwägerschaft	299
II. Mutterschaft	299
1. Überblick	299
2. Leihmutterschaft	300
3. Mutterschaft in der gleichgeschlechtlichen Ehe	302
III. Die Vaterschaftstatbestände	302
1. Überblick zu § 1592 BGB	302
2. Vaterschaft kraft Ehe	303
IV. Die Vaterschaftsanerkennung	304
1. Voraussetzungen der Anerkennung	304
2. Weiteres Verfahren	306
3. Unbeachtlichkeit anderer Nichtigkeitsgründe	306
4. Rechtsfolgen der wirksamen Anerkennung	306
5. Das Verbot der missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennung	307
V. Die gerichtliche Vaterschaftsfeststellung	308
VI. Die Vaterschaftsanfechtung	311
1. Überblick	311
2. Der Antrag und seine Substanziierung	312
3. Die Anfechtung durch den leiblichen Vater	313
4. Die Anfechtungsfrist	318
5. Ausschluss der Anfechtung bei wissentlich „falscher“ Vaterschaftsanerkennung	319
6. Ausschluss der Anfechtung bei Samenspende, § 1600 Abs. 6 BGB	320
7. Rechtsfolgen der erfolgreichen Vaterschaftsanfechtung	322
VII. Rechtsausübungssperren und Scheinvaterregress	323
1. Die Rechtsausübungssperren des Abstammungsrechts	323
2. Der Scheinvaterregress	324
VIII. Auskunft über die Abstammung	326
1. Das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung	326
2. Das Recht des Kindes auf Kenntnis der Abstammung bei Samenspende	327
3. Babyklappe und vertrauliche Geburt	328

4. Auskunftsansprüche des Kindes gegenüber den Eltern	328
5. Kein Auskunftsanspruch des Scheinvaters gegen die Mutter	329
6. Offenbarungspflichten zwischen Ehegatten	330
IX. Das Abstammungsklarungsverfahren gem. § 1598a BGB	330
1. Einführung	330
2. Die Regelung in § 1598a BGB	331
§ 32. Erwerb und Verlust der elterlichen Sorge	334
I. Einführung	334
1. Begriff der elterlichen Sorge	334
2. Die Möglichkeiten der Sorgerechtszuordnung	335
3. Die wesentlichen Fallkonstellationen	336
II. Erwerb der gemeinsamen Sorge durch Sorgeerklärungen	337
1. Voraussetzungen	337
2. Rechtsfolgen	339
III. Erwerb der gemeinsamen Sorge durch gerichtliche Entscheidung, § 1626a Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 BGB	339
1. Die Verfassungswidrigkeit der früheren Rechtslage	339
2. Die Beantragung gemeinsamer Sorge nach § 1626a Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 BGB	340
3. Zum Verfahren	342
IV. Änderungen der elterlichen Sorge	342
1. Der Antrag auf Alleinsorge nach § 1671 Abs. 1 BGB	342
2. Der Antrag des Vaters auf Alleinsorge nach § 1671 Abs. 2 BGB	347
3. Sorgerecht und Wechselmodell	348
4. Änderungen nach dem Tod eines Elternteils	348
5. Sorgerechtsänderungen nach § 1696 BGB	348
6. Das Ruhen der elterlichen Sorge	349
V. Sorgerechtsregelungen nach den §§ 1666 ff. BGB	349
1. Die Kindeswohlgefährdung gem. § 1666 Abs. 1 BGB	350
2. Fehlende Gefahrabwendung durch die Eltern	351
3. Auswahl der Maßnahme und Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	351
4. Konsequenzen für die Sorgerechtssituation	353
5. Maßnahmen bei Gefährdung des Kindesvermögens, § 1667 BGB	353

§33. Ausübung und Grenzen der elterlichen Sorge; gesetzliche Vertretung des Kindes	354
I. Die Ausübung der elterlichen Sorge	354
1. Die Ausübung der Personensorge	354
2. Die Ausübung der Vermögenssorge	356
3. Ausübung der gemeinsamen Sorge bei Getrenntleben der Eltern	357
4. Meinungsverschiedenheiten der Eltern bei gemeinsamem Sorgerecht	359
II. Die gesetzliche Vertretung des Kindes	362
1. Bedeutung der gesetzlichen Vertretung	362
2. Alleinvertretung und gemeinschaftliche Vertretung des Kindes	363
III. Grenzen der gesetzlichen Vertretung des Kindes durch die Eltern	364
1. Überblick	364
2. Höchstpersönliche Rechte	364
3. Rechtsgeschäfte von besonderer Tragweite	365
4. Geschäfte mit möglicher Interessenkollision	366
5. Beschränkung der Minderjährigenhaftung, § 1629a BGB ..	368
IV. Haftungsfragen im Eltern-Kind-Verhältnis	369
1. Die Regelung des § 1664 BGB	369
2. Die Zurechnung des Verschuldens der Eltern	371
V. Elterliche Sorge und Familienpflege	374
1. Überblick	374
2. Das kleine Sorgerecht der Pflegeperson	375
3. Die gerichtliche Bleibeanordnung	375
VI. Der Schutz der Stieffamilie	376
§34. Umgangsrecht	377
I. Begriff und Bedeutung	377
II. Gerichtliche Anordnungen zur Regelung des Umgangsrechts	379
1. Überblick	379
2. Maßstäbe der gerichtlichen Entscheidung	381
3. Die Anordnung eines Wechselmodells durch Umgangsregelung	383
4. Umgangsrecht als Vertragsgegenstand	384
5. Die Durchsetzung von Umgangsregelungen	385
6. Hinweise zum Verfahren	387

III. Umgangsrechte weiterer Personen	387
1. Überblick	387
2. Das Umgangsrecht des leiblichen Vaters	388
IV. Das Umgangsrechtsverhältnis als gesetzliches Schuldverhältnis	393
§ 35. Unterhalt unter Verwandten, insbesondere	
Kindesunterhalt	394
I. Allgemeines zum Verwandtenunterhalt	394
II. Die Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs	395
1. Verwandtschaft und Rang der Unterhaltspflichtigen	395
2. Der Unterhaltsbedarf	396
3. Bedürftigkeit	399
4. Leistungsfähigkeit und Rangfolge	400
5. Art der Unterhaltsgewährung	405
6. Fehlen von Einwendungen und Einreden	405
III. Besondere Problemkreise des Kindesunterhalts	408
1. Der Mindestunterhalt und das vereinfachte Verfahren	408
2. Der familienrechtliche Ausgleichsanspruch	410
3. Die Barunterhaltspflicht beim Wechselmodell	410
4. Der Anspruch des Kindes auf Ausbildungsfinanzierung	412
IV. Der Elternunterhalt	414
V. Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs und Unterhaltsregress	417
1. Auskunftserteilung	417
2. Gerichtliche Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs	419
3. Der Unterhaltsregress	420
§ 36. Die Adoption	421
I. Überblick	421
II. Die Voraussetzungen der Adoption Minderjähriger	421
1. Antrag des Annehmenden bei Gericht	422
2. Kindeswohl und Förderungsprinzip	422
3. Herstellung eines Eltern-Kind-Verhältnisses	423
4. Anforderungen nach Familienstand des Annehmenden	423
5. Mindestalter und Geschäftsfähigkeit des Annehmenden	424
6. Die erforderlichen Einwilligungen	425
III. Das Adoptionsverfahren	428
1. Vorbereitung der Adoption und Adoptionspflege	428
2. Gerichtliches Annahmeverfahren und Adoptionsdekret	428

IV. Die Rechtswirkungen der Adoption Minderjähriger	429
1. Rechtliche Stellung eines leiblichen Kindes	429
2. Auswirkungen auf die Verwandtschaftsverhältnisse	429
3. Das Adoptionsgeheimnis	430
4. Die Aufhebung des Adoptionsverhältnisses bei der Minderjährigenadoption	430
V. Die Besonderheiten der Adoption Volljähriger	431
1. Annahmeveraussetzungen	431
2. Rechtswirkungen	432
§ 37. Wiederholung	433
I. Kontrollfragen	433
II. Klausurfall 3 (Ein Kind und viele Väter)	434
Kapitel 8. Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung	
§ 38. Die Vormundschaft	443
I. Überblick	443
II. Anordnung der Vormundschaft	443
1. Voraussetzungen	443
2. Auswahl und Bestellung des Vormunds	444
III. Führung der Vormundschaft	445
1. Personen- und Vermögenssorge	445
2. Das Rechtsverhältnis zwischen Vormund und Mündel	446
IV. Beendigung der Vormundschaft	447
§ 39. Pflegschaft	447
I. Überblick	447
II. Die Pflegschaft für Minderjährige	448
III. Die Rechtsstellung des Pflegers	449
§ 40. Betreuung	450
I. Überblick	450
II. Voraussetzungen der Bestellung eines Betreuers	450
1. Volljährigkeit des Betroffenen	451
2. Krankheit oder Behinderung	451
3. Erforderlichkeit der Betreuung	452
4. Kein entgegenstehender freier Wille des Betroffenen	453

5. Die persönliche Anhörung des Betroffenen	454
6. Bestellung des Betreuers auf Antrag oder von Amts wegen	454
7. Auswahl des Betreuers	454
III. Das Rechtsverhältnis der Betreuung	455
1. Aufgabenkreis des Betreuers	455
2. Das Innenverhältnis zwischen Betreuer und Betreutem . . .	456
3. Das Außenverhältnis: Betreuer als gesetzlicher Vertreter . . .	457
4. Der Einwilligungsvorbehalt	458
5. Insbesondere: Unterbringung und ärztliche Zwangmaßnahmen	459
IV. Beendigung und Änderung der Betreuung	462
1. Aufhebung oder Änderung	462
2. Entlassung des Betreuers	462
V. Die Patientenverfügung	463
§41. Wiederholung	465

Antworten zu den Kontrollfragen

Kapitel 1:	467
Kapitel 2:	467
Kapitel 3:	469
Kapitel 4:	472
Kapitel 5:	473
Kapitel 6:	475
Kapitel 7:	477
Kapitel 8:	480
Sachverzeichnis	483